Presseschau vom 08.08.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.
In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert (Anleitungen u.a. hier) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.
Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist ZenMate, das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.
Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. …
https://kurz.rt.com/2tg9 bzw. hier

de.rt.com: **Ohne Parma-Schinken und deutschen Meerrettich: Wie russische Gastronomen mit Sanktionen umgehen**
Ukraine-Krise mal kulinarisch: Die nicht mehr vorhandenen Zutaten ersetzen und die Speisekarten ständig an die wechselhafte Situation anpassen – so ist der neue Alltag der russischen Gastronomen. Auch sie müssen gegen westliche Sanktionen ankämpfen. …
https://kurz.rt.com/34aq bzw. hier

Karin Kneissl: **Kluge Interessenspolitik zwischen Moskau und Ankara: Europa kauft russisches Gas über die Türkei**
Bei ihrem bilateralen Treffen in Sotschi vereinbarten die Präsidenten Russlands und der Türkei unter anderem eine weitere Vertiefung ihrer Energiekooperation. Die Europäer kaufen ihr russisches Erdgas über die Türkei. …
https://kurz.rt.com/349v bzw. hier

Bradley Blankenship: **China könnte sich für den Besuch von Pelosi rächen – nur nicht so, wie wir es vielleicht erwarten**
Warum der Besuch von Nancy Pelosi in Taiwan für Peking so eine ernste Sache ist – und wie China darauf reagieren könnte. Es bleibt jedermanns Vermutung, wie sich die Dinge entwickeln. Unser Autor hat eine, die er für am wahrscheinlichsten hält. …
https://kurz.rt.com/347e bzw. hier

Timur Fomenko: **Chinas zurückhaltende Reaktion auf den Pelosi-Besuch ist Strategie – keine Schwäche**
Nachdem die Welt mit angehaltenem Atem Pekings Reaktion auf die jüngste amerikanische Polit-Kapriole erwartet hat, mag das Ausbleiben einer fulminanten Reaktion enttäuschend erscheinen – ist es aber nicht. Für China geht es nicht um diesen einen Dienstag im August, sondern um den Weg, der jetzt vor dem Land liegt. …
https://kurz.rt.com/34a1 bzw. hier

Dagmar Henn: **Die Bundesregierung und der kalte Winter: Der sichere Weg ins Chaos**
Wenn die Bundesregierung so tut, als wolle sie die Energiekostenerhöhungen sozial "abfangen", dann heuchelt sie. Sie hat uns die Suppe nicht nur eingebrockt, sie will, dass alle sie auslöffeln. Ein wirklicher Schutz sähe anders aus. …
https://kurz.rt.com/34co bzw. hier

abends/nachts:

20:10 de.rt.com: **DVR: Ukrainische Streitkräfte haben drei Uragan-Raketen mit Lepestok-Minen auf Donezk abgefeuert**
Wie die DVR-Vertretung an das Gemeinsame Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands auf ihrem Telegram-Kanal meldete, haben die ukrainischen Streitkräfte (AFU) am Sonntag drei Raketen mit Lepestok-Antipersonenminen vom Mehrfachraketenwerfer "Uragan" auf Donezk abgefeuert.
Bis zum 7. August verzeichnete die Volksrepublik Donezk (DVR) 31 Fälle, in denen

Zivilisten, darunter ein Kind, durch Lepestok-Minen verletzt wurden. Eines der Opfer starb später im Krankenhaus. PFM-1 "Lepestok" ist eine druckwirkende Antipersonenmine. Die Mine ist für die Zivilbevölkerung besonders gefährlich, da sie aufgrund ihrer ungewöhnlichen Form schwer zu identifizieren ist. Die Ukraine ratifizierte im Mai 2005 das Übereinkommen von Ottawa über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung. Allerdings haben ukrainische Truppen in den letzten Tagen fast täglich "Lepestok"-Minen auf Wohngebiete in der DVR abgeworfen.

20:47 de.rt.com: **Indien und USA planen gemeinsame Übungen in der Nähe der chinesischen Grenze**

Washington versucht im Rahmen seiner Strategie, China im asiatisch-pazifischen Raum einzukesseln, Verbündete gegen Peking zu gewinnen. Indien ist ein solcher potenzieller Partner. Nun verkündeten indische Militärs, gemeinsame Übungen mit den USA nahe der umstrittenen Grenze zu China abhalten zu wollen.

Das US-amerikanische und das indische Militär werden im Oktober gemeinsame Übungen im Himalaya-Gebirge abhalten, weniger als 100 Kilometer von der umstrittenen Grenze zwischen Indien und China entfernt, berichtet CNN. Der Ort der Militärübungen wurde inmitten der Taiwan-bedingten zunehmenden Spannungen zwischen den USA und China bekannt gegeben. In den letzten Jahren waren auch Indien und China entlang ihrer Gebirgsgrenze aneinandergeraten.

Die Übungen werden Mitte Oktober in der Nähe der Stadt Auli im indischen Bundesstaat Uttarakhand stattfinden, sagte ein indischer Armeeoffizier am Samstag gegenüber CNN. Auli liegt an den südlichen Hängen des Himalaya, und die Übungen werden sich auf die Kriegsführung in einer Höhe von 3.000 Metern konzentrieren.

General Charles Flynn, der Befehlshaber der US-Armee im Pazifikraum, erklärte im Juni Reportern, dass an den Übungen Luftwaffeneinheiten sowohl der USA als auch Indiens beteiligt sein würden und dass sie als "Gegengewicht" und "Abschreckung" für Chinas Aktivitäten entlang der umstrittenen Grenze dienen würden. Die bevorstehenden Himalaya-Übungen sind Teil einer jährlichen Übung zwischen den USA und Indien, die letztes Jahr in Alaska stattfand.

Auli liegt außerdem etwa 95 Kilometer von der sogenannten "Line of Actual Control" entfernt, einer locker definierten Grenze, die Indien und China trennt. Beide Seiten erheben Anspruch auf das Gebiet auf der anderen Seite dieser Linie, die seit dem Ende des Chinesisch-Indischen Grenzkrieges von 1962 als De-facto-Grenze zwischen beiden Ländern gilt.

Im Jahr 2020 brachen entlang dieser Linie Kämpfe aus, nachdem sich China gegen den Bau einer Straße durch das von Indien beanspruchte Gebiet ausgesprochen hatte. Indien gab an, bei den Gefechten rund 20 Soldaten verloren zu haben, während China behauptete, vier verloren zu haben.

Seitdem sind die Spannungen entlang der Grenzlinie hoch, und Indien beschuldigte China im Mai, eine Brücke in einem Gebiet zu bauen, das es als "illegal besetzt" betrachtet.

Auch die Beziehungen zwischen den USA und China haben sich nach dem Besuch der Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in dieser Woche in Taiwan deutlich verschlechtert. Peking reagierte auf den Besuch mit groß angelegten Militärübungen, der Einstellung von Importen aus Taiwan, Sanktionen gegen Pelosi und ihre Familie sowie dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Washington in einer Reihe von Schlüsselbereichen.

Angesichts der bis zum Wochenende andauernden chinesischen Militärübungen kündigte der für die nationale Sicherheit zuständige Beamte des Weißen Hauses, John Kirby, am Donnerstag an, dass die USA in den kommenden Wochen "Luft- und Seeüberquerungen"

durch die Straße von Taiwan durchführen werden, wobei die USS Ronald Reagan Carrier Strike Group in der Region stationiert bleiben wird.
Während beide Seiten ihre militärischen Muskeln spielen lassen, berichtete Politico am Freitag, dass chinesische Verteidigungsbeamte Anrufe ihrer US-Kollegen ignorieren.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ef9ac148fbef29e1257702.jpeg
Indische Soldaten in der Nähe der umstrittenen Grenze mit China

20:50 de.rt.com: **US-Kongressabgeordnete: Großteil der Militärhilfen für Ukraine sind Betrug**
Die Abgeordnete des US-Repräsentantenhauses Lauren Boebert (Republikanerin aus Colorado) hat die Bereitstellung von Militärhilfe für die Ukraine kritisiert. Auf Twitter kommentierte sie eine Dokumentation des Fernsehsenders CBS, in der es hieß, dass der Großteil der von westlichen Staaten an die ukrainischen Streitkräfte gesandten Militärhilfe nicht ihr endgültiges Ziel im Land erreicht habe:
"Wie viele Menschen wurden seit März als russische Bots bezeichnet, weil sie genau das Gleiche gesagt haben? Jetzt, wo CBS es gezeigt hat, ist es völlig in Ordnung. Wie auch immer, ich bin froh, dass die Fakten jetzt auf dem Tisch liegen. Der größte Teil der Hilfe für die Ukraine ist Betrug."
Eine weitere Republikanerin im Repräsentantenhaus, Marjorie Taylor Greene (aus Georgia), äußerte sich ebenfalls zum Film. "Das ist einer der Gründe, warum ich gegen [die Militärhilfe für Kiew] gestimmt habe. Es (die Hilfe – Anm. d. Red.) hat sich nie um das ukrainische Volk gedreht", schrieb Greene auf Twitter.
Nur etwa 30 Prozent der Lieferungen "erreichen ihren endgültigen Bestimmungsort", so Jonas Ohman, Leiter der in Litauen ansässigen Nichtregierungsorganisation "Blue-Yellow" ("Blau-Gelb"), die Militärhilfe an die Ukraine weiterleitet, gegenüber CBS.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f00e2a48fbef258265b56c.jpg

21:29 de.rt.com: **Kuba: Großbrand in Erdöllager – 17 Feuerwehrleute vermisst, Minister verletzt**

Bei einem Brand in einem großen Erdöllager in der kubanischen Stadt Matanzas sind über 120 Personen verletzt worden, darunter ein kubanischer Minister. Über ein Dutzend Feuerwehrleute gelten als vermisst.

Bei einem Feuer, das am Samstag in der Industriezone der Stadt Matanzas ausbrach, ist mindestens eine Person gestorben. Mehr als ein Dutzend Feuerwehrleute werden noch vermisst. Es gab mindestens 121 Verletzte, darunter auch den kubanischen Minister für Energie und Bergbau, Liván Nicolás Arronte Cruz.

Auf seinem Twitter-Account teilte der hochrangige Beamte mit, dass es ihm "gut" gehe und er bald wieder "an der vordersten Front des Kampfes" sein werde. Er schrieb:

"Wir erleben schwierige Tage, denen wir mit Einigkeit, Disziplin, Gleichmut und der Zuversicht, dass wir sie überstehen werden, begegnen müssen."

Unter den Verletzten sind auch mehrere Journalisten, die sich dem Brandherd genähert hatten. Darüber hinaus wurde bestätigt, dass es sich bei dem Verstorbenen um einen der Feuerwehrleute handelt, die vor Ort waren, um die Flammen zu bekämpfen. Siebzehn weitere Feuerwehrleute werden nach Angaben des kubanischen Präsidialamtes noch vermisst.

Die Opfer werden im Provinzkrankenhaus Faustino Pérez in Matanzas behandelt, wo das Gesundheitsministerium versichert, dass es "über die personellen und materiellen Ressourcen verfügt, um die Notlage zu bewältigen". Jüngsten Berichten zufolge befinden sich drei der Verletzten in einem kritischen und zwölf in einem ernsten Zustand.

Gleichzeitig teilte der Gouverneur der Stadt, Mario Sabines Lorenzo, mit, dass etwa 800 Bewohner des Viertels Dubrocq, das in der Nähe des Industriegebiets liegt, evakuiert worden seien.

Das Feuer, das immer noch brennt, brach nach einem Blitzeinschlag inmitten eines Sturms in einem großen Rohöllager in der Stadt aus. Der Rohöltank war zu 50 Prozent befüllt, was 50.000 Kubikmetern entspreche, sagte Rigel Rodríguez Cubells, Direktorin der Abteilung für die Vermarktung von Kraftstoffen in der Region Matanzas.

Das kubanische Präsidialamt erklärte, es habe zur Bewältigung des Vorfalls befreundete Länder "mit Erfahrung im Ölsektor" um Hilfe und Rat gebeten.

Stunden später veröffentlichte der Staatschef einen Tweet, in dem er sich bei den Regierungen Mexikos, Venezuelas, Russlands, Nicaraguas, Argentiniens und Chiles bedankte, "die angesichts dieser komplexen Situation umgehend materielle und solidarische Hilfe angeboten haben". Er fügte hinzu: "Wir sind auch dankbar für das Angebot der technischen Unterstützung durch die USA."

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador bestätigte, dass Mitarbeiter von Petróleos Mexicanos (PEMEX) und der Streitkräfte des Landes nach Kuba reisen werden, um bei der Bekämpfung des Feuers zu helfen.

Parallel dazu schickt auch Venezuela Hilfe, um das Feuer zu löschen. "Auf Anweisung von Präsident Nicolás Maduro startet eine Mission von Feuerwehrleuten und Technikern (der staatlichen venezolanischen Erdölfirma), die zu den am besten für diese Art von Katastrophen Ausgebildeten gehören, in die Republik Kuba, um die Löscharbeiten in Matanzas zu unterstützen", schrieb der venezolanische Vizepräsident, Tareck El Aissami, auf Twitter.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62efc86b48fbef0edd3be172.jpg
Erdöllager in Matanzas, Kuba

21:50 de.rt.com: **Tschechiens Ex-Präsident Václav Klaus: Waffenlieferung und schärfere Sanktionen werden Konflikt nicht lösen**
Der ehemalige tschechische Präsident Václav Klaus vertritt in seinem Kommentarbeitrag "Einseitige Propaganda um die Ukraine - der Weg in die Unfreiheit", der am Sonntag in der Zeitung Mladá fronta DNES veröffentlicht wurde, die Meinung, dass eine Fortsetzung der Waffenlieferungen westlicher Länder an die Behörden in Kiew und die Verschärfung der antirussischen Sanktionen nicht zu einer Lösung des Konflikts in der Ukraine führen werden.
Klaus kommentiert:
"Fehlende Verhandlungen, fortgesetzte Lieferungen [westlicher Länder an die Kiewer Behörden] von immer besseren Waffen und härtere Sanktionen [gegen Russland], die zu einem großen Teil einen Bumerang-Effekt haben, sind nicht der Weg zur Lösung [des Konflikts in der Ukraine]."
Der Westen verfolge einen einseitigen Ansatz in Bezug auf die Situation in der Ukraine. Die Folge davon ist eine einseitige Propaganda in den westlichen Medien, auch gegen diejenigen, die eine andere Meinung als die offizielle vertreten.
"Es gibt keine ernsthafte Diskussion über die Argumente zu Russlands Befürchtungen hinsichtlich der Einkreisung seines Territoriums durch die NATO-Mitgliedstaaten. [...] Argumente über die wachsende Feindseligkeit der Ukraine gegenüber Russland und der russischen [nationalen] Minderheit [auf ihrem Territorium], die seit der Orangen Revolution und dem Maidan bis Februar dieses Jahres anhielt, werden nicht [diskutiert]. Es geht auch nicht um den Wunsch der USA, nach den Misserfolgen im Irak, in Afghanistan und in Syrien einen geostrategischen Erfolg zu erzielen und sich einen Ruf und eine Position als Demiurg in der modernen Welt zu verdienen", so Klaus.
Er erklärt weiter: "Jede Kritik am Westen wird heute [...] sogar als Unterstützung für [den russischen Präsidenten Wladimir Putin] dargestellt. Jeder Aufruf zu Verhandlungen [durch die Konfliktparteien in der Ukraine] wird negativ bewertet. Sie werden als Akzeptanz des Status quo auf dem Schlachtfeld, als bewusste Benachteiligung der Ukraine und als versteckte Unterstützung für Russland interpretiert."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f01589b480cc5ff4287938.jpg

vormittags:

6:45 de.rt.com: **Kurz nach Taiwan-Provokation Pelosis: USA versprechen "Verteidigung" der Philippinen**

Nur wenige Tage nach der Provokation durch die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi mit ihrem Besuch auf Taiwan – trotz wiederholter Warnungen der Volksrepublik China – erklärte ein weiterer ranghoher Vertreter der USA, die Philippinen gegen die angebliche Bedrohung aus China verteidigen zu wollen.

Nach der Reise der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi nach Taiwan hat US-Außenminister Antony Blinken die philippinische Hauptstadt Manila besucht, um den neu gewählten philippinischen Staatschef zu treffen und ihm die volle Unterstützung Washingtons angesichts der angeblich "destabilisierenden und gefährlichen" Aktionen Chinas zu versichern.

Der 1951 zwischen Washington und Manila geschlossene Vertrag zur gegenseitigen Verteidigung bleibe "eisern", sagte Blinken auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem philippinischen Amtskollegen Enrique Manalo am Samstag. Der US-Spitzendiplomat sagte:

"Wir stehen immer an der Seite unserer Partner ... ein bewaffneter Angriff auf die philippinischen Streitkräfte, öffentliche Schiffe oder Flugzeuge im Südchinesischen Meer würde die gegenseitigen Verteidigungsverpflichtungen der USA im Rahmen dieses Vertrages auf den Plan rufen."

Neben der Erörterung regionaler Sicherheitsfragen mit dem Außenminister Manalo und dem neuen Präsidenten Ferdinand Marcos Jr. sprachen sie laut Blinken auch über die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen und die "Stärkung der Demokratie". Blinken ist der ranghöchste US-Beamte, der sich mit dem neu gewählten philippinischen Staatschef getroffen hat. Marcos Jr. war am 30. Juni nach einem erdrutschartigen Wahlsieg Anfang des Jahres vereidigt worden.

Wörtlich sagte Blinken:

"Die Vereinigten Staaten haben sich verpflichtet, mit den Philippinen zusammenzuarbeiten, um die Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, die Menschenrechte und Grundfreiheiten – einschließlich der Meinungsfreiheit – zu schützen und die Zivilgesellschaft zu erhalten. Wir arbeiten nicht nur mit den Philippinen zusammen, um ihren maritimen Bereich zu sichern, sondern auch mit philippinischen Fischern und wissenschaftlichen Forschern, um die wertvollen maritimen Ressourcen der Philippinen zu erhalten und zu schützen."

In seiner Rede vor der Presse hob Manalo auch die "gemeinsamen Werte und das gemeinsame

Engagement für die Demokratie" hervor und begrüßte die "Zusicherungen" Washingtons, Manila als "gleichberechtigten, souveränen Partner" anzuerkennen.
Der philippinische Außenminister fügte hinzu:
"Wir haben uns mit der Stärkung unserer Zusammenarbeit befasst, um aktuelle und aufkommende Sicherheitsbedrohungen und bereichsübergreifende Herausforderungen besser angehen zu können."
Am Rande des umstrittenen Südchinesischen Meeres gelegen, befinden sich die Philippinen an einer wichtigen geopolitischen Bruchlinie und sind in einen anhaltenden Territorialstreit mit China über zahlreiche Inseln im Meer verwickelt. Während ein internationales Gericht 2016 zugunsten von philippinischen Ansprüchen entschied, erklärte Marcos Jr. während seines Wahlkampfs, dass er ein neues Abkommen mit seinen "Freunden" in der chinesischen Regierung anstreben werde.
Blinken befindet sich derzeit auf einer zehntägigen Reise nach Kambodscha, auf die Philippinen, nach Südafrika, in den Kongo und nach Ruanda. Die Reise folgt auf den Besuch von Nancy Pelosi in Taiwan am Dienstag – trotz wiederholter Warnungen aus Peking, dass ein solcher Besuch diplomatische und militärische Konsequenzen haben würde.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ef7cb8b480cc64b33c782f.jpeg

7:00 de.rt.com: **UN-Generalsekretär bezeichnet Angriffe auf Kernkraftwerk in Saporoschje als selbstmörderisch**
Die Angriffe auf das Atomkraftwerk Saporoschje sind selbstmörderisch und müssen aufhören, sagte UN-Generalsekretär António Guterres auf einer Pressekonferenz in Tokio. Er erklärte:
"Die Angriffe auf das Atomkraftwerk sind ein selbstmörderischer Akt. Wir hoffen, dass es aufhört. Gleichzeitig wollen wir, dass die IAEO Zugang zu der Anlage erhält. Und wir hoffen, dass sie ihre Kompetenzen nutzen kann."
Zuvor hatten die Behörden der Stadt Energodar, die sich in der Nähe des Kraftwerks befindet, berichtet, dass ukrainische Truppen in der Nacht zum Sonntag das Kernkraftwerk Saporoschje mit Raketenwerfern vom Typ Uragan beschossen haben. Dabei seien Granatsplitter und ein Raketentriebwerk etwa 400 Meter vom Kraftwerksblock entfernt heruntergekommen. Der Beschuss des Kernkraftwerks durch die ukrainischen Streitkräfte bedroht im Falle einer Beschädigung des Bauwerks das Leben von Hunderttausenden von Einwohnern in der Ukraine, in Übersee und in Asien, betonte die Stadtverwaltung.
Das russische Verteidigungsministerium wies darauf hin, dass UN-Beamte weiterhin eine objektive internationale Überwachung des Kernkraftwerks Saporoschje durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) behinderten.
Seit März ist das Atomkraftwerk unter der Kontrolle des russischen Militärs. Das russische Außenministerium erklärte, es sei gerechtfertigt, die Anlage unter Schutz zu stellen, um das Austreten von nuklearem und radioaktivem Material zu verhindern. Das Ministerium erinnerte auch daran, dass die Anlage weiterhin vom ukrainischen Eigentümer betrieben wird.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f093f548fbef37d437af88.jpg
Atomkraftwerk Saporoschje bei Energodar

7:38 de.rt.com: **Ukrainische Armee beschießt Melitopol mit Raketen**
Die ukrainischen Streitkräfte sollen Melitopol mit Raketen beschossen haben, wobei alle Geschosse von der russischen Luftabwehr abgefangen wurden, berichtet RIA Nowosti. Der Beschuss soll sich in der Nacht um 0:30 Uhr ereignet haben. Dabei sollen zwei Raketen abgefeuert worden sein.

8:12 de.rt.com: **Russlands Generalstaatsanwaltschaft: Asow-Kämpfer töteten Kinder**
Die russische Generalstaatsanwaltschaft hat festgestellt, dass Angehörige des ukrainischen Asow-Regiments verbotene Mittel und Methoden der Kriegsführung eingesetzt haben, insbesondere die Folterung von Zivilisten und die Tötung von Kindern. Das verkündete der Leiter der Aufsichtsbehörde Igor Krasnow in einem Interview mit der Zeitung Kommersant. Er erklärte:
"Wir haben Beweise für extremistische und terroristische Verbrechen gesammelt, die von Mitgliedern der Asow-Vereinigung begangen wurden, einschließlich der Teilnahme von darin ausgebildeten Söldnern an militärischen Aktionen und der Versorgung mit Waffen und Munition. Der Einsatz von verbotenen Mitteln und Methoden der Kriegsführung durch Mitglieder von Asow ist erwiesen."
Ihm zufolge kamen mehrere Staatsanwälte "eindeutig zu dem Schluss, dass es sich bei Asow um eine nationalistische Formation handelt, die auf einer faschistischen Ideologie beruht und in Russland verbotene extremistische Organisationen unterstützt". Krasnow fügte hinzu:
"Die von den Asow-Kämpfern begangenen Verbrechen können in ihrer Grausamkeit nur mit den Aktionen der Nazi-Invasoren und ihrer Komplizen während des Zweiten Weltkriegs verglichen werden. Wir haben Beweise dafür gefunden, dass die Asow-Kämpfer die Werke faschistischer Ideologen, einschließlich Nazi-Symbolen und -Parolen, als ideologische Grundlage verwendet haben."
Der Beamte betonte, es gebe Video- und Audiomaterial, darunter auch Augenzeugenberichte über die Folterung und Tötung von Zivilisten einschließlich kleiner Kinder, über gezielte Angriffe auf zivile Objekte sowie das Anbringen von Sprengsätzen in der Nähe von Wohngebieten.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f0900948fbef2b095832eb.jpg
Soldaten des Asow-Regiments und der ukrainischen Nationalgarde (NGU) während einer Parade in Mariupol im Jahr 2019

8:36 de.rt.com: **Russische Botschaft in den USA: Beschuss des Atomkraftwerks Saporoschje bedroht nukleare Sicherheit in Europa**
Der Beschuss des Kernkraftwerks Saporoschje durch die ukrainischen Streitkräfte stellt eine echte Bedrohung für die nukleare Sicherheit nicht nur der Ukraine, sondern auch Europas dar. Dies geht aus einer Stellungnahme der russischen Botschaft in Washington hervor, die am Sonntag auf dem Telegram-Kanal der russischen diplomatischen Vertretung veröffentlicht wurde. Darin heißt es laut TASS:
"Wir wurden auf die Desinformationskampagne in den US-Medien aufmerksam gemacht, mit der unserem Land die Verantwortung für die Situation am Kernkraftwerk Saporoschje zugeschoben werden soll. Es wird fälschlicherweise behauptet, dass das russische Militär das Gelände des Kernkraftwerks mit Artillerie beschossen hat. Tatsächlich ist genau das Gegenteil der Fall."
Nach Angaben des russischen Hauptquartiers für die Koordinierung der humanitären Hilfe in der Ukraine "feuerten ukrainische Nationalisten am 5. August Artilleriegranaten auf die besagte Einrichtung ab", erinnerte die diplomatische Vertretung. Die Botschaft betonte: "Hierbei wurden zwei Hochspannungsleitungen und eine Wasserleitung beschädigt. Nur dank des wirksamen und rechtzeitigen Eingreifens des russischen Militärs zur Sicherung der Anlage wurde die kritische Infrastruktur nicht beschädigt."
Die russischen Diplomaten forderten die Vereinten Nationen und die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) auf, "die kriminellen Handlungen Kiews zu verurteilen und dringende Maßnahmen zu ergreifen, um Provokationen in den strahlungsgefährdeten Einrichtungen der Ukraine zu verhindern". Die US-amerikanischen Journalisten sollten aufhören, russophobe Lügengeschichten zu verbreiten, so die diplomatische Vertretung.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 8.8.2022**
Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:
- 53 Mann;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 7 Spezialfahrzeuge.
Nach genauen Informationen **starb infolge von Beschuss durch die bewaffneten Formationen der Ukraine auf Altschewsk ein Zivilist und 19 (darunter 5 Kinder)**

wurden verletzt. 13 Mehrparteienwohnhäuser, 4 Kindergärten und eine Schule wurden beschädigt.
In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Luganskер Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter.
Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.
Während des 7. August haben sie mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Smoljaninowo und Schipilowka zurückgelassen wurden, gesäubert.
Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:19 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen erneut Brücke in Cherson**
Die ukrainischen Streitkräfte haben einen weiteren Angriff auf die Antonowski-Brücke über den Dnjepr in Cherson durchgeführt und die Ausrüstung von Bauarbeitern beschädigt haben, die die Brücke nach dem letzten Beschuss wiederherstellen wollten. Die Wiederaufnahme des Verkehrs habe sich dadurch verzögert, sagte Kirill Stremousow, stellvertretender Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes Cherson, am Montag gegenüber Reportern.
"Die Brücke wurde getroffen. Eine Baracke der Bauarbeiter, die an der Brücke arbeiteten, ist niedergebrannt, ebenso einige Baugeräte, unter ihnen ein Betonmischer. Das ist nicht besonders schlimm, bloß wird sich dadurch die Eröffnung der Brücke ein wenig verzögern."
Er wies darauf hin, dass die Wiedereröffnung der Brücke für den 10. August geplant war und fügte hinzu:
"Niemand wurde verletzt, aber es gibt noch einige Löcher auf der Brücke. Wir müssen sie flicken, was wir auch tun werden."
Die Antonowski-Brücke ist die einzige Straßenbrücke, die Cherson auf der westlichen Seite des Dnjepr mit dem Teil des Gebietes Cherson auf der anderen Flussseite verbindet. Die ukrainischen Streitkräfte haben den Übergang wiederholt mit US-Mehrfachraketenwerfern vom Typ HIMARS beschossen und dabei die Brücke beschädigt. Die Behörden schränkten zunächst den Verkehr ein und untersagten die Durchfahrt von Lastwagen. Doch nach dem Beschuss in der Nacht zum 27. Juli wurde der Verkehr auf der Brücke vollständig eingestellt. Nach Ansicht der örtlichen Behörden spielt die Beschädigung der Brücke aus militärischer Sicht keine Rolle, erschwert aber das Leben der Zivilbevölkerung.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f0b0eeb480cc52e22cd5ea.jpg
Reparaturarbeiten an der Brücke über den Fluss Dnjepr in Cherson

9:29 de.rt.com: **Amnesty International stellt sich uneingeschränkt hinter Bericht über**

ukrainische Armee

Amnesty International weist Kritik am Bericht über das Vorgehen der ukrainischen Armee zurück. Die NGO steht hinter den Untersuchungsergebnissen, die bestätigten, dass Kiew Zivilisten gefährdet, indem es militärische Ausrüstung in Schulen und Wohngebieten platziert.

Am Freitag nahm Amnesty International Stellung zu Kiews heftiger Kritik am jüngsten Bericht über das Vorgehen der ukrainischen Armee. Man stehe weiterhin hinter diesem Bericht, der Kiew beschuldigt, Zivilisten zu gefährden, indem es militärische Ausrüstung und Munition in Schulen und Wohngebieten platziert, so die Nichtregierungsorganisation (NGO). Die Untersuchung und der daraus folgende Bericht zogen den Zorn der ukrainischen Regierung und des Präsidenten Wladimir Selenskij auf sich.

Amnesty "steht voll und ganz zu den Untersuchungsergebnissen", schrieb Generalsekretärin Agnès Callamard in einer Erklärung an die Nachrichtenagentur AFP. Auch auf Twitter veröffentlicht Callamard eine Erklärung. Dort schrieb sie, dass ihre Organisation "unparteiisch aufseiten aller Opfer stehe". Jene, die Amnestys Untersuchungen angreifen, bezeichente sie als "Mob und Trolle der sozialen Medien". Callamard hob hervor:

"Das nennt man Kriegspropaganda, Desinformation, Falschinformation. Dies wird unsere Unparteilichkeit nicht beeinträchtigen und an den Tatsachen nichts ändern."

Selenskij hatte die NGO beschuldigt, "eine Täter-Opfer-Umkehr zu betreiben". Sichtlich erzürnt erklärte der ukrainische Präsident in einer Videobotschaft, dass jeder Bericht, "der die Handlungen des Opfers und des Angreifers in irgendeiner Weise gleichsetzt, nicht toleriert werden kann".

Der am vergangenen Donnerstag veröffentlichte Bericht beschuldigt Kiew einer "klaren Verletzung des humanitären Völkerrechts", da dokumentiert werden konnte, dass die Ukraine Truppen in der Nähe ziviler Infrastruktur stationiert, von dort aus operiert und somit das Leben von Zivilisten gefährdet.

Insbesondere schrieb die NGO in ihrem Bericht, man habe Beweise für aktuelle oder frühere militärische Aktivitäten in 22 von 29 Schulen gefunden, die man zwischen April und Juli in der Ukraine inspiziert habe, während in 19 inspizierten Städten und Dörfern ukrainische Streitkräfte in der Nähe von Zivilisten stationiert gewesen seien.

"Der Umstand, in der Position des Verteidigers zu sein, entbindet das ukrainische Militär nicht davon, das internationale Völkerrecht zu respektieren", heißt es im Bericht. Die rechtswidrige militärische Nutzung ziviler Objekte durch die Ukraine würde jedoch "in keiner Weise wahllose russische Angriffe rechtfertigen". Nach Angaben der NGO waren ukrainische Truppen in Wohngebieten, die nach eigener Einschätzung Ziele russischer Angriffe waren, nicht präsent.

"Das Material von Amnesty passt perfekt zu den im Westen verbreiteten Perversionen", schrieb Aleksei Kopytko, Berater des ukrainischen Verteidigungsministers, auf Facebook. "Nahezu jede einst angesehene Organisation, einzelne hoch entwickelte Länder und eine Vielzahl Politiker sagen uns im Klartext: 'Euer Selbstmord ist eine großartige Option'." Damit bezog sich Kopytko auf eine in der Ukraine weitverbreiteten Haltung, dass Waffenstillstandsverhandlungen und Konzessionen bei den Gebietsansprüchen Russlands einem Selbstmord der Ukraine als Nation gleichkämen. Der ukrainische Außenminister Dmitry Kuleba sagte, das Ziel der NGO sei es gewesen, "ein falsches Gleichgewicht zwischen dem Täter und seinem Opfer herzustellen".

Auch Moskau kommentierte den Amnesty-Bericht. Russland habe wiederholt erklärt, dass die ukrainischen Truppen Zivilisten als menschliche Schutzschilde missbrauchten und der Bericht der NGO würde dies nur bestätigen. Unterdessen ist Oksana Pokaltschuk, die Leiterin des Ukrainebüros der Menschenrechtsorganisation, wegen des Berichts von ihrem Posten zurückgetreten.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f0ba81b480cc4b0d56aba5.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 8.8.22 um 10:30 Uhr**
Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **425 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.
Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss **starben 3 Zivilisten und 15 wurden verletzt**. 25 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.
Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und 2 Panzerfahrzeuge; 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Perwomajskoje und Kurdjumowka wurden beseitigt.
Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:41 de.rt.com: **Japan will Teilhabe am Sachalin-1-Projekt behalten**
Tokio beabsichtigt, die Beteiligungen japanischer Unternehmen am Sachalin-1-Projekt beizubehalten, erklärte Wirtschafts-, Handels- und Industrieminister Ukoichi Hagiuda auf einer Pressekonferenz. Er kommentierte damit das Dekret des russischen Präsidenten Wladimir Putin, das Geschäfte mit Aktien im Besitz unfreundlicher Länder verbietet, auch im Zusammenhang mit dem Projekt Sachalin-1. Hagiuda räumte laut RIA Nowosti ein:
"Wir sind uns des Dekrets des russischen Präsidenten bewusst. Wir wissen, dass Transaktionen mit Sachalin-1-Anteilen und anderen Vermögenswerten nicht vor Ende des Jahres möglich sein werden."
Er betonte, dass das russische Projekt für Japan als Quelle für die Ölversorgung außerhalb des Nahen Ostens wichtig ist, von dem das Land zu 90 Prozent abhängig ist.
Ein von Putin am 5. August erlassenes Dekret verbietet bis Ende 2022 Geschäfte mit Beteiligungen von Personen aus unfreundlich gesinnten Ländern an russischen strategisch-wichtigen Unternehmen und ihren Tochtergesellschaften, am Sachalin-1-Projekt und am Erdöfeld Charjaginsk, an wichtigen Unternehmen, die Bodenschätze fördern, und an Unternehmen, die den russischen Brennstoff- und Energiekomplex beliefern sowie an

bestimmten russischen Banken.

10:13 de.rt.com: **DVR meldet vier Tote innerhalb von 24 Stunden nach Beschusses durch ukrainische Streitkräfte**
Beim Beschuss durch ukrainische Streitkräfte sind in den vergangenen 24 Stunden in der Donezker Volksrepublik (DVR) vier Zivilisten getötet und 17 weitere verletzt worden. Dies teilte das Hauptquartier der DVR für territoriale Verteidigung am Montag mit.
Am Sonntag beschossen die ukrainischen Streitkräfte wiederholt die DVR, unter anderem mit Uragan- und Grad-Mehrfachraketenwerfern sowie mit Artilleriegeschützen im NATO-Kaliber 155 Millimeter.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f0b23348fbef2dac0f41fc.jpg
Ein durch ukrainischen Beschuss zerstörter PKW in Donezk

10:46 de.rt.com: **Kiew fordert Untersuchung, ob Amnesty International von Russland "profitiert"**
Michail Podoljak, ein Berater des Chefs des ukrainischen Präsidialamtes, hat am Montag eine Untersuchung gefordert, um herauszufinden, ob die Menschenrechtsorganisation Amnesty International, die Kiew vergangene Woche der Verletzung des Kriegsvölkerrechts beschuldigte, von Russland "profitiert" habe.
In einem Interview mit der spanischen Zeitung El Pais kommentierte Podoljak den Bericht der Menschenrechtsaktivisten mit den Worten:
"Das Konzept der internationalen humanitären Organisationen ist diskreditiert, und das wird schädliche Folgen haben."
"Es muss untersucht werden, ob diese Organisation von Russland profitiert."
Am 4. August veröffentlichte Amnesty International einen Bericht, in dem auf Verstöße der Ukraine gegen das Kriegsvölkerrecht und die Stationierung militärischer Ausrüstung und Waffen in Schulen und Krankenhäusern hingewiesen wurde. Daraufhin trat Oksana Pokaltschuk, die Leiterin des Ukrainebüros der Organisation, von ihrem Amt zurück. Sie begründete diesen Schritt damit, dass sie "mit den Werten" der Führung von Amnesty International nicht einverstanden sei.

10:50 de.rt.com: **Nach Taiwan-Reise Pelosis: China droht Washington mit "ernsthaften Konsequenzen"**
China hat sein ursprünglich bis Sonntag anberaumtes Militärmanöver rund um die abtrünnige Insel Taiwan intensiviert und den USA mit "ernsten Konsequenzen" für deren Einmischung in

der Region gedroht.
Das chinesische Verteidigungsministerium hat den USA angesichts der erneuten Spannungen der beiden Länder infolge des in der vergangenen Woche erfolgten Taiwan-Besuchs von US-Spitzenpolitikerin Nancy Pelosi mit "ernsthaften Konsequenzen" gedroht und die militärische Kommunikation mit dem US-Militär laut eigenen Angaben vorerst ausgesetzt.
"Die derzeitige angespannte Situation in der Straße von Taiwan wurde von der US-Seite aus eigenem Antrieb provoziert und geschaffen, und die US-Seite muss dafür die volle Verantwortung und ernsthafte Konsequenzen tragen", erklärte der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Wu Qian, am Montag, während das chinesische Militär seine Übungen rund um Taiwan fortsetzte:
"Die Grundlinie kann nicht gebrochen werden, und Kommunikation erfordert Aufrichtigkeit."
China, das Taiwan als Teil der Volksrepublik ansieht, hatte auf die Taiwan-Reise von Pelosi mit dem Abbruch einiger Dialoglinien mit Washington sowie einem großangelegten Manöver rund um den abtrünnigen Inselstaat reagiert. Die Kampfübungen in der Taiwanstraße seien eine "notwendige Warnung" an die USA und Taiwan, so Wu Qian weiter. Diese seien eine "angemessene" Reaktion auf deren "Provokationen".
Bei der Ankündigung der Manöver am vergangenen Dienstag hatte China ursprünglich einen Abschluss der Kampfübungen am Sonntag in Aussicht gestellt. Allerdings dauerten die "Kampfübungen" in der Luft und See der Meerenge der Taiwanstraße am Montag weiter an, wie das chinesische Staatsfernsehen berichtete. Die Volksbefreiungsarmee habe sich dabei auf "gemeinsame Einsätze gegen Unterseeboote und zum Angriff auf See konzentriert".
Laut Angaben des taiwanischen Verteidigungsministeriums hätten chinesische Militärschiffe, Flugzeuge sowie Drohnen dabei Angriffe auf die Insel und die Marine des abtrünnigen Landes simuliert. Das Ministerium habe Flugzeuge und Schiffe entsandt, um "angemessen" zu reagieren, hieß es in einer Erklärung.
China hatte am Freitag nach der Abreise Pelosis aus der Region ein geplantes Treffen militärischer Spitzenvertreter beider Seiten abgesagt. Vertreter des Pentagons, des US-Außenministeriums und das Weißen Hauses hatten den Schritt daraufhin als "unverantwortliche Überreaktion" bezeichnet.
Ein US-Beamter merkte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters an, dass chinesische Beamte während der Spannungen in der vergangenen Woche nicht auf Anrufe hochrangiger US-Beamter geantwortet hätten. Die USA sähen dies jedoch nicht als formellen Abbruch der Beziehungen zu hochrangigen Persönlichkeiten wie dem US-Verteidigungsminister Lloyd Austin, erklärte der Beamte.
Dass China einige seiner wenigen Kommunikationsverbindungen mit dem US-Militär gekappt hat, erhöht nach Ansicht von Sicherheitsanalysten und Diplomaten das Risiko einer unbeabsichtigten Eskalation im Streit um Taiwan.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f09f67b480cc4e2924aa7e.jpg

11:18 de.rt.com: **Hauptquartier des Zentrums für psychologische Operationen der**

Ukraine in LVR entdeckt
Die Sonderdienste der Lugansker Volksrepublik (LVR) haben im ehemaligen Hauptquartier der Task Force Nord der ukrainischen Armee in Sewerodonezk Spuren des ukrainischen Zentrums für Information und psychologische Operationen entdeckt, das für Propaganda zuständig war. Das teilte ein Vertreter der LVR-Sonderdienste Journalisten mit. Er erklärte:
"Die Ausrichtung war eindeutig: 'Russland ist der Feind'. In vielen Dokumenten heißt es, der Feind sei die Russische Föderation, keine anderen Staaten. Sie wurden eindeutig speziell gegen die Russische Föderation ausgebildet. Genau hier hat diese Gruppe entsprechende Daten gefälscht."
Er gab an, dass diese Einheit neben der direkten Propagandaarbeit gegen die Russische Föderation auch mit der Erstellung von Fake News beschäftigt war.
"Man nehme Hollywood, nehme die CIA, mische alles zusammen und bringe es in die Ukraine. Hier wurden Fachleute ausgebildet und auf der Grundlage der Erfahrungen westlicher Ausbilder und ihrer Beispiele wurde dieses Vorhaben hier gestartet. Viele Menschen glaubten und glauben dem immer noch, was diese Leute verbreiteten."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f0a010b480cc7118674b66.jpg

11:42 de.rt.com: **Russische Nationalgarde entmint Gelände eines Stahlwerks in Mariupol**
Minenräumer der russischen Nationalgarde Rosgwardija haben das Gelände eines Hüttenwerks in Mariupol in der Volksrepublik Donezk entmint, das von ukrainischen Nationalisten vermint worden war. Dies berichtete der Rosgwardija-Pressedienst gegenüber TASS. In der Erklärung hieß es:
"In Mariupol entminte eine Minenräumereinheit der Rosgwardija das von ukrainischen Nationalisten verminte Gelände des Iljitsch-Stahlwerkes."

nachmittags:

12:11 de.rt.com: **Zwei weitere Trockenfrachtschiffe mit Getreide verlassen ukrainische Häfen**
Nach Angaben des türkischen Verteidigungsministeriums haben zwei Trockenfrachtschiffe mit Agrarprodukten aus der Ukraine Häfen im Schwarzen Meer verlassen. Auf Twitter teilte die Behörde mit:
"Im Rahmen des Gemeinsamen Koordinierungszentrums werden die Getreidelieferungen von ukrainischen Häfen aus fortgesetzt. Heute Morgen verließ das Schiff SACURA mit 11.000 Tonnen Sojabohnen an Bord den ukrainischen Hafen Juschny. Das Schiff Arizona mit 48.458

Tonnen Mais hat den Hafen von Tschernomorsk verlassen und ist auf dem Weg nach Iskenderun."
Alle Schiffe mit ukrainischem Getreide passieren den eingerichteten humanitären Korridor und fahren zunächst nach Istanbul, wo sie von den Mitarbeitern des Koordinierungszentrums inspiziert werden.
Nach Angaben des ukrainischen Infrastrukturministers Aleksandr Kubrakow planen die Behörden im Rahmen der Umsetzung von Vereinbarungen über den sicheren Export von Getreide und Lebensmitteln aus den Häfen Odessa Tschernomorsk und Juschny monatlich etwa 100 Schiffe zu aktivieren.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f0b5c948fbef24c141235d.jpg

12:43 de.rt.com: **Donezker Volksrepublik meldet Beschuss einer Ortschaft im Norden von Gorlowka durch ukrainische Streitkräfte**
Einheiten der ukrainischen Armee haben zehn Geschosse des Mehrfachraketenwerfersystems Grad auf das Dorf Golmowski im Norden von Gorlowka abgefeuert, meldet die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands am Montag.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f0d12cb480cc497704b5cc.jpg
Ukrainische Soldaten bereiten das Abfeuern eines Mehrfachraketenwerfers vom Typ Grad BM-21 vor

13:06 de.rt.com: **Moskau: Ukrainische Behörden haben mit Ausverkauf des Landes begonnen und geben Polen den Vorrang**

Verfügbare Informationen bestätigten, dass die amtierende ukrainische Führung damit begonnen hat, die Kontrolle über Sektoren der nationalen Wirtschaft schrittweise an das benachbarte Polen abzutreten. Diesen Schluss zieht der russische Auslandsnachrichtendienst. In einem Bericht auf der Webseite der Sicherheitsbehörde heißt es:
"Die Informationen, die dem Dienst vorliegen, deuten darauf hin, dass Warschau seine weitreichenden Pläne in Bezug auf die Ukraine schrittweise umsetzt. Es wird immer deutlicher, dass es nicht nur um die Möglichkeit der Einführung "polnischer Friedenstruppen" in den westlichen Regionen dieses Landes geht, sondern auch darum, die Kontrolle über die vielversprechendsten Wirtschaftssektoren des Nachbarstaates zu erlangen."
Weiter stellte der Nachrichtendienst fest, dass dies in erster Linie den Agrarsektor betreffe. So nutzten beispielsweise polnische Unternehmen die schwierige Lage der ukrainischen Agrarproduzenten aus, "auch was die Lagerung der Ernte betrifft", indem sie deren Erzeugnisse zu niedrigen Preisen aufkaufen. In einigen Fällen macht dies den Konkurs der Unternehmen unausweichlich. Vermögenswerte und Grundstücke werden zu Schleuderpreisen aufgekauft.
Der Geheimdienst schlussfolgert, die Kiewer Behörden hätten im Wesentlichen bereits mit dem Ausverkauf des Landes begonnen.

dan-news.info: „Insgesamt wurden während der Kriegshandlungen mehr als 50.000 private Wohnhäuser beschädigt“, teilte das Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR mit.
Davon wurden 30.000 seit der Verschärfung des Konflikts im Februar 2022 beschädigt. Die Arbeiten zur Erfassung der beschädigten Objekte geht noch weiter.

13:25 de.rt.com: **Selbstzensur: US-Sender CBS zieht kritische Ukraine-Dokumentation vorerst zurück**
Eine kritische CBS-Dokumentation zum unbekannten Verbleib eines Großteils der US-Waffenlieferungen an die Ukraine muss nach Angaben des Senders überarbeitet werden. Die Gesamtsituation hätte sich demnach "verbessert". Zudem sei inzwischen auch ein US-Brigadegeneral zur Kontrolle und Überwachung eingetroffen.
Am vergangenen Freitag kündigte der US-Sender CBS News eine Dokumentation an, die sich mit den immensen Waffenlieferungen der USA an die Ukraine sowie der Tatsache beschäftigen sollte, dass ein Großteil der Gerätschaften nicht bei der Armee landete, sondern über dunkle Kanäle wieder seinen Weg aus dem Land schaffte.
CBS News bewarb die Dokumentation mit folgenden Zeilen:
"Die neue CBS-Reportage 'Arming Ukraine' geht der Frage nach, warum ein Großteil der milliardenschweren Militärhilfe, die die USA an die Ukraine schicken, nicht an der Front ankommt: 'Nur etwa 30 % davon erreichen ihren endgültigen Bestimmungsort.'"
Nur drei Tage später informierte der Sender auf Twitter, dass der Sendetermin verschoben worden sei, da die Dokumentation überarbeitet werden müsste, "um die Änderungen seit den Dreharbeiten für die CBS-Reportage 'Arming Ukraine' zu berücksichtigen". Dort heißt es (anhand eines Twitter-Kommentars am Ende besteht die Chance, den offiziellen CBS-News-Trailer anzusehen, der mittlerweile vom Sender gelöscht wurde):
"Wir haben einen Tweet entfernt, mit dem wir für unsere kürzlich erschienene Dokumentation 'Arming Ukraine' warben und in dem der Gründer der gemeinnützigen Organisation Blue-Yellow, Jonas Ohman, mit seiner Einschätzung von Ende April zitiert wurde, dass nur etwa 30 % der Hilfe die Frontlinien in der Ukraine erreichen."
Laut einem Artikel auf der Webseite des US-Senders hat sich die Gesamtsituation nach Fertigstellung der Dokumentation nun wesentlich geändert. So heißt es in dem Artikel, der ebenfalls redaktionell bereits zu seiner Vorgängerversion aktualisiert wurde:
"Jonas Ohman sagt, die Lieferung habe sich seit den Dreharbeiten mit CBS Ende April

deutlich verbessert. Die ukrainische Regierung weist darauf hin, dass der US-Verteidigungsattaché Brigadegeneral Garrick M. Harmon im August 2022 zur Rüstungskontrolle und -überwachung in Kiew eingetroffen ist."
Ohman ist Gründer und Geschäftsführer von Blue-Yellow, einer in Litauen ansässigen Organisation, die sich mit den Fronteinheiten in der Ukraine trifft und "diese mit nicht-tödlicher militärischer Hilfe versorgt". Er ist Informant und Protagonist der Dokumentation.
Auszüge des Artikels zu den Inhalten der geplanten Dokumentation lauten weiterhin:
"Nach Angaben des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, das die weltweiten Hilfszusagen für die Ukraine verfolgt, haben die Vereinigten Staaten seit Beginn des Krieges Ende Februar mehr als 23 Milliarden Dollar an Militärhilfe für die Ukraine bereitgestellt. Das Vereinigte Königreich hat 3,7 Mrd. $, Deutschland 1,4 Mrd. $ und Polen 1,8 Mrd. $ zugesagt, und mehrere andere Länder sind diesem Beispiel gefolgt."
Und weiter:
"Andy Millburn ist ein pensionierter Oberst der US-Marine (...): 'Wenn man Nachschub oder eine logistische Pipeline bereitstellt, muss das doch irgendwie organisiert sein, oder? Wenn die Fähigkeit, sich daran zu beteiligen, an der ukrainischen Grenze endet, ist die Überraschung nicht, dass das ganze Zeug nicht dorthin kommt, wo es hin muss – die Überraschung ist, dass die Leute das erwartet haben'."
So heißt es seitens CBS News: "Ein Land mit hochentwickelten Waffen zu überschwemmen, kann schwerwiegende Folgen haben, selbst wenn es mit den besten Absichten geschieht." Im Juli dieses Jahres teilte die Botschafterin Bonnie Denise Jenkins, Unterstaatssekretärin für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit im US-Außenministerium, laut der Dokumentation mit, dass "das Potenzial für die illegale Abzweigung von Waffen zu einer Reihe von politisch-militärischen und menschenrechtlichen Erwägungen" gehöre. Sie fügte jedoch hinzu: "Wir vertrauen auf das Engagement der ukrainischen Regierung, die aus den USA stammenden Verteidigungsgüter angemessen zu schützen und darüber Rechenschaft abzulegen."
Ein Artikel des US-Senders CNN vom April dieses Jahres zum selben Thema trägt die Überschrift: "Was geschieht mit den an die Ukraine gelieferten Waffen? Die USA wissen es nicht wirklich." In diesem Artikel heißt es zu einer Einschätzung:
"Doch angesichts des fast unstillbaren kurzfristigen Bedarfs der ukrainischen Streitkräfte an mehr Waffen und Munition wurde das langfristige Risiko, dass die Waffen auf dem Schwarzmarkt oder in den falschen Händen landen, für akzeptabel gehalten."
"Dies könnte in 10 Jahren ein Problem sein, aber das bedeutet nicht, dass wir nicht darüber nachdenken sollten", so ein Analyst der US-Denkfabrik Cato Institute:
"Über 50 Millionen Schuss Munition – all diese Munition wird nicht nur für den Kampf gegen die Russen verwendet werden. Irgendwann wird diese Munition missbraucht werden, ob absichtlich oder nicht."
Abschließend heißt es seitens des Senders CBS News:
"Wir aktualisieren unsere Dokumentation, um diese neuen Informationen zu berücksichtigen und zu einem späteren Zeitpunkt auszustrahlen."
Durch das große Interesse wurde die ursprüngliche Version der Dokumentation durch User in den sozialen Medien gesichert und kann durch Anklicken dieses Links angesehen werden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f0bf0a48fbef29e1257768.jpg
CBS News-Wahlkampfstudio 2020 bei ViacomCBS, New York

13:31 de.rt.com: **Saporoschje-Chef unterzeichnet Anordnung zum Referendum über Beitritt zu Russland**
Das Oberhaupt des Gebietes Saporoschje Ewgeni Balizki hat eine Anordnung zur Durchführung eines Referendums über die Wiedervereinigung des Gebietes mit Russland unterzeichnet, berichtete RIA Nowosti.
Balizki unterzeichnete das Dokument auf dem Forum der Bürgerbewegung "Wir sind mit Russland", das in Melitopol stattfindet. Die Veranstaltung wurde von über 700 Vertretern aus dem gesamten Gebiet besucht. Während der Veranstaltung verlas Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der Gebietsverwaltung, eine Mitteilung der Forumsteilnehmer, in der es heißt: "Auf der Grundlage des Prinzips der freien Entscheidung und unter Berücksichtigung der Meinung jedes Einwohners unseres Gebietes erklären wir unsere Absicht, ein Referendum über die Frage des Beitritts des Gebietes Saporoschje zur Russischen Föderation als vollwertiges Subjekt abzuhalten. Wir sind ein Volk und wir werden zusammen sein."
Alle Delegierten im Saal hoben einstimmig die Hand zur Zustimmung.
Einer früheren Erklärung der lokalen Behörden zufolge könnte das Referendum bereits Mitte September 2022 durchgeführt werden.
Russische Streitkräfte hatten Teile von Saporoschje im Zuge ihrer Offensive eingenommen, jedoch kontrolliert Kiew noch die gleichnamige Haupstadt der Region, die am Fluss Dnjepr liegt.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f0f545b480cc4b0d56abdd.jpeg

13:53 de.rt.com: **Kreml antwortet auf Selenskijs Drohungen bezüglich möglicher Referenden in ukrainischen Gebieten**

Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, rät dem ukrainischen Staatschef Wladimir Selenskij, an die ukrainischen Bürger in den von Russland kontrollierten Gebieten zu appellieren, da die Möglichkeit besteht, dass dort Volksabstimmungen über den Austritt aus der Ukraine abgehalten werden könnten. Peskow betonte laut RIA Nowosti:
"Tatsache ist, dass es die Bewohner der Region sind, die diese Pläne haben. Wir sind es nicht, die das Referendum abhalten wollen. An dieser Stelle muss man verstehen, an wen sich Selenskij mit dieser Aussage wendet – an die Bürger der Ukraine oder an die Bürger Russlands. Wenn es um die Bürger und die Führung Russlands geht, sind wir in diesem Fall die falsche Adresse."
"Er sollte sich an seine Bürger wenden und sie fragen, warum es so viele unter ihnen gibt, die nicht in seinem Land leben wollen."
Zuvor erklärte Selenskij in einer auf Telegram veröffentlichten Videobotschaft, dass die Abhaltung von Referenden in den von den russischen Streitkräften kontrollierten südlichen Gebieten der Ukraine für Russland jede Möglichkeit von Verhandlungen mit der Ukraine und der freien Welt ausschließen würde.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f0ef6b48fbef2b9d060f95.jpg

14:53 (13:54) novorosinform.org: **Das Nazibataillon "Kraken" hat seine Kampffähigkeit durch die Angriffe der russischen Streitkräfte verloren - Verteidigungsministerium**
Nazibataillon "Kraken" kann nach den Angriffen der RF-Streitkräfte keine erfolgreichen Kämpfe mehr führen. Dies wurde im russischen Verteidigungsministerium berichtet.
Vor dem Hintergrund schwieriger Bedingungen verschlechtere sich auch der moralische und psychische Zustand der Nationalisten, weshalb die Desertionsfälle zunähmen. Wie das Ministerium mitteilt, versuchen die Bataillonskommandeure, die Verluste der verärgerten Bewohner von Charkow auszugleichen.
Nach Angaben des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation wurden innerhalb eines Tages bis zu 250 Nationalisten in der Ukraine und im Donbass liquidiert. Die militärische Ausrüstung der Streitkräfte der Ukraine wurde in den Gebieten Kherson, Kharkov, Nikolaev und auf dem Territorium der LDNR zerstört. Die feindlichen MLRS "Uragan", "Grad", Artillerie "Acacia", "Hyacinth-B", "Msta-B" mit einem Kaliber von 155, 152, 122 mm wurden außer Gefecht gesetzt.

https://www.novorosinform.org/content/images/05/30/50530_720x405.jpg

15:50 (14:50) novorosinform.org: **Polen beabsichtigt, Reparationen von Russland zu fordern**

Der polnische Abgeordnete Mulyartzyk schlug vor, den Schaden zu bewerten, den Russland während des Zweiten Weltkriegs dem Land zugefügt hat.

Der Abgeordnete der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit, Arkadiusz Mulyartzrik, sagte, Polen solle den Schaden berechnen, den die russische Armee während des Zweiten Weltkriegs und „während der Besatzung“ angerichtet habe. Er stellte fest, dass es danach notwendig sei, auf den „richtigen politischen Moment“ zu warten, um die Gelder zurückzufordern.

Mulyartzik erklärte, Polen werde im September die Höhe der Reparationen veröffentlichen, die es von Deutschland fordere. Im Juli schloss Warschau den Prozess der Zählung der Kriegsentschädigungen für die Opfer und Zerstörungen ab, die das Land während des Zweiten Weltkriegs erhalten hatte. Berlin hat wiederholt erklärt, keine Gelder zu zahlen, weil es die bereits gezahlten Reparationen für ausreichend hält.

https://www.novorosinform.org/content/images/05/36/50536_720x405.jpg

15:51 (14:51) novorosinform.org: **Die ukrainischen Delegation bei den Verhandlungen "verschwand vom Radar" – Kreml**

Russland dankt dem türkischen Präsidenten Tayyip Erdogan für seinen Wunsch, den Verhandlungsprozess zwischen Moskau und Kiew wieder aufzunehmen, aber die ukrainischen Delegierten seien derzeit nicht daran interessiert. Dies erklärte der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation Dmitri Peskow.

„Die ukrainische Verhandlungsdelegation ist, wie man sagt, vom Radar verschwunden. Es

gibt keinen Verhandlungsprozess in dieser Hinsicht“, antwortete er.
Laut Peskow hat Moskau Kontakte mit Vertretern Kiews nie abgelehnt, aber sie ignorieren die Möglichkeit einer diplomatischen Beilegung des Konflikts.
"Im Moment gibt es keine Verhandlungen, keine Voraussetzungen dafür", betonte der Kreml-Sprecher.
Der Pressesprecher stellte erneut fest, dass alle Ziele der russischen Spezialoperation erreicht würden.

15:00 de.rt.com: **Botschafter: Anstehende Geberkonferenz für Ukraine in Dänemark ist "eine Investition in Blutvergießen"**
Am 11. August soll in Kopenhagen eine "Geberkonferenz" für die Ukraine stattfinden – ein Treffen, auf dem weitere Waffenlieferungen an die Ukraine und deren Finanzierung besprochen werden sollen. Nach Aussagen des dänischen Außenministeriums sind die Gastgeber die Verteidigungsminister von Großbritannien, der Ukraine und Dänemarks. Regierungsvertreter mehrerer nord- und osteuropäischer Staaten sollen an dem Treffen teilnehmen.
Der russische Botschafter in Dänemark, Wladimir Barbin, hat jetzt dieses Treffen scharf verurteilt. "Das ist eine Investition in weitere Feindseligkeiten und Blutvergießen. Mehr Waffenlieferungen und andere militärische Unterstützung werden den Verlauf der Ereignisse auf dem Schlachtfeld nicht ändern, aber sie werden für die Ukrainer zu einer neuen Tragödie werden."
In seiner Erklärung fuhr er fort: "Die Lieferung von Waffen, die Ausbildung ukrainischen Militärpersonals, die Lieferung von Aufklärungsdaten und die Entsendung von Militärberatern und Söldnern bringen allen die Gefahr einer weiteren Eskalation des Konflikts in der Ukraine. Kiew hat ein Interesse daran, westliche Länder, vorrangig NATO-Länder, zu direkten Teilnehmern des Konflikts in der Ukraine zu machen. Dänemark ignoriert diese Gefahren."

16:11 (15:11) novorosinform.org: **In der Region Saporoschje wurde vorgeschlagen, Kiew anzugreifen**
Der Leiter der Regionalverwaltung von Saporoschje hat erklärt, dass es nach dem Beschuss des Kernkraftwerks von Saporischschja notwendig sei, die [ukrainischen] Entscheidungszentren anzugreifen.
Jewgeni Balizkij, Leiter der regionalen staatlichen Verwaltung von Saporoschje, äußerte in einer Sendung des „Perwy Kanal“ die Meinung, dass russische Truppen hart auf den Beschuss des Kernkraftwerks Saporoschje durch die Ukraine reagieren sollten.
Er bemerkte, dass er darüber mit der Bevölkerung gesprochen habe und sie sich einig seien, dass es notwendig sei, die Entscheidungszentren in Kiew zu treffen.
„Selenskijs Leben ist nicht kostbarer als das des Mädchens, das jetzt im Krankenhaus liegt. Das Land Ukraine hat sich in ISIS verwandelt, es ist kein Land mehr. Die Welt muss zugeben, dass durch den absichtlichen, systematischen und gezielten Beschuss eines Kernreaktors eine globale Katastrophe provoziert wird", sagte Balitskij.

https://www.novorosinform.org/content/images/05/40/50540_720x405.jpg

15:55 de.rt.com: **Westliche Sanktionen sind für Moskau "großartig" – ein US-Ökonom analysiert**

Die westlichen Staaten hatten ihre umfangreichen Wirtschaftssanktionen gegen Russland eigentlich beschlossen, um Moskau für den Ukraine-Krieg zu bestrafen. Doch die Auswirkungen der Sanktionen sind auf die westlichen Gesellschaften selbst größer als auf Russland.

Der Wirtschaftskrieg, den der Westen gegen Russland entfesselt hat, ist nach hinten losgegangen und könnte dem Land viel Gutes bringen, so der ehemalige Wall-Street-Finanzanalyst Michael Hudson gegenüber der deutschen Tageszeitung Junge Welt. In einem am Samstag veröffentlichen Interview sagte Hudson:

"Die Sanktionen des Westens sind großartig für Russland. Jedes Land, das von US-Sanktionen bedroht ist, ist gezwungen, sich selbst zu versorgen."

Er sagte, dass die Sanktionen Russland effektiv zur Importsubstitution gedrängt hätten und das Land auf dem besten Weg sei, sich völlig von westlichen Waren unabhängig zu machen.

"Anstatt deutsche Autos zu importieren, wendet sich Russland an China, um seine eigene Automobilindustrie zu entwickeln. Russland ist nun zügig dabei, die Abhängigkeit vom Westen oder bei Industriegütern durch eine eigene Produktion im Inland zu ersetzen. Das einzige, was sie nicht gleichwertig produzieren können, sind Walt-Disney-Filme und italienische Handtaschen", sagte der Wirtschaftswissenschaftler und fügte hinzu, dass Russland zwar wahrscheinlich nicht in der Lage sein wird, einige der Luxusgüter, die es früher importiert hat, in großen Mengen zu produzieren, seine Wirtschaft aber weitgehend autark werden wird.

Hudson wies auch darauf hin, dass die Sanktionen zwar darauf abzielten, Russlands Gewinne aus Energieexporten zu verringern, aber stattdessen "dem russischen Staatshaushalt durch die Verknappung von Öl und Gas Mehreinnahmen beschert." Er erklärte:

"Russland ist der große Nutznießer der deutschen Energieembargopläne. Je weniger Gas Russland verkauft, desto mehr Geld verdient es."

Dabei verwies der Wirtschaftswissenschaftler auf die in die Höhe schießenden Energiepreise, die mit dem Rückgang der russischen Exporte steigen.

Die auf die russische Wirtschaft abzielenden Sanktionen haben auch die nationale Währung, den Rubel, nicht destabilisiert und damit den Prozess der Entdollarisierung beschleunigt, so der Analyst.

"Schon vor dem Krieg in der Ukraine gab es Bestrebungen zur Entdollarisierung ... Niemand hatte erwartet, dass der Prozess so schnell in Gang kommen würde ... Aber [...] Washington hat alle Konten in Dollar und Euro eingefroren, also musste sich Russland aus dem Dollarsystem verabschieden. Und das hat dem russischen Rubel geholfen. Die Absicht hinter

den westlichen Sanktionen war, den Rubel-Kurs zum Einsturz zu bringen, um russische Importe zu verteuern …
Stattdessen konterte die russische Regierung und beschloss: Wenn wir nicht in Euro für Öl, Gas, Titan und Aluminium bezahlt werden, muss der Westen in Rubel zahlen. Und so hat der Rubel an Wert gewonnen. Man kann durchaus sagen, dass sich der Westen ins eigene Knie geschossen hat."
Hudson merkte jedoch an, dass der "größte Nutznießer" der gegen Russland verhängten Sanktionen Washington sei. Das liege daran, dass Europa, das stark von russischer Energie abhängig ist, somit gleichzeitig mit Energie- und Nahrungsmittelkrisen konfrontiert werde, und daher kaum die Möglichkeit habe, sich um andere Angelegenheiten zu kümmern.
"Im Grunde ist es Washington egal, ob Russland den Krieg [in der Ukraine] gewinnt, denn den USA ist es gelungen, ihre Konkurrenz in Europa, vor allem Deutschland, auszuschalten."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f0a229b480cc508d0d4b5e.jpg

16:37 de.rt.com: **Sanktionen: US-Botschafterin warnt afrikanische Länder vor Einkäufen in Russland**
Linda Thomas-Greenfield, US-Botschafterin bei der UNO, reiste in der vergangenen Woche nach Afrika. Bei ihrem Besuch in Uganda warnte sie die afrikanischen Länder, etwas anderes außer Getreide und Düngemittel in Russland einzukaufen.
Vor ihrer Reise nach Uganda und Ghana in der vergangenen Woche habe die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen Linda Thomas-Greenfield am Freitag zuvor in einem Interview gesagt, dass es sich um eine "Zuhörertour" handeln werde. Außerdem wolle sie anstelle von Schuldzuweisungen Lösungen für die Krise der Ernährungssicherheit finden, die sich auf dem afrikanischen Kontinent seit Russlands Einmarsch in der Ukraine verschärft", so die New York Times am letzten Freitag.
Doch nach ihrer Ankunft in Uganda warnte sie die afrikanischen Länder am Donnerstag laut einem AP-Bericht vor roten Linien, die diese nicht überschreiten sollten. Dementsprechend habe Thomas-Greenfield gesagt:
"Die Länder können russische Agrarprodukte kaufen, einschließlich Dünger und Weizen (...), aber wenn ein Land beschließt, sich mit Russland einzulassen, wo es Sanktionen gibt, dann brechen sie diese Sanktionen." Und dann "besteht die Gefahr, dass Maßnahmen gegen sie ergriffen werden".
Wie die New York Times dazu weiter anmerkte, könnte der Kauf von russischem Öl einen Verstoß gegen diese Sanktionen darstellen. Die USA hätten die Einfuhr von russischem Erdöl und Erdgas bereits im März verboten, und die Europäische Union untersage Importe von russischem Öl bis Ende dieses Jahres. Dabei hätten die meisten afrikanischen Länder versucht, sich aus dem Streit zwischen Russland und der Ukraine herauszuhalten, obgleich

ihnen die Folgen zugesetzt hätten: Hunderte Millionen von Menschen in Afrika litten in Folge steigender Preise, Dürren und Auswirkungen der Pandemie an Hunger. Allein in der Sahelzone ist nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Alima fast eine Million Menschen vom Tod bedroht.
Die Wirksamkeit der Warnung der UN-Botschafterin wolle die New York Times nicht einordnen. So könnten einige afrikanische Länder trotz Strafandrohungen beim Kauf von Öl aus Russland beschließen, dass es sich dennoch lohne.
Im vergangenen Monat habe der russische Außenminister Sergei Lawrow auf einer Reise in vier afrikanische Länder jegliche Verantwortung Russlands für die weltweite Nahrungsmittelknappheit zurückgewiesen. Stattdessen habe er die westlichen Sanktionen gegen Russland dafür verantwortlich gemacht, dass russisches Getreide die Märkte nicht erreiche.
Schließlich hätten westliche Beamte wie auch Thomas-Greenfield mehrfach erklärt, dass die Sanktionen die Ausfuhr russischer Agrarprodukte nicht beträfen. Man habe zudem ausdrücklich zugesichert, dass beteiligte Unternehmen nicht gegen Sanktionen verstoßen.
Der ugandische Präsident Yoweri Museveni schrieb nach dem Besuch der UN-Botschafterin auf Twitter:
"Wenn sie Afrika wirklich helfen wollen, sollten sie erwägen, uns von den Sanktionen in einem Krieg zu befreien, an dem wir nicht beteiligt sind."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f0f8f2b480cc48227ad17f.jpg

16:42 de.rt.com: **Seit Februar mehr als 3,2 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine und dem Donbass nach Russland eingereist**
Die Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine und dem Donbass, die seit Februar in Russland angekommen sind, hat 3,2 Millionen überschritten. Dies teilten Vertreter der Sicherheitsbehörden der Nachrichtenagentur TASS mit:
"Mehr als 3,2 Millionen Menschen, darunter 507.000 Kinder, haben seit Februar die Grenze nach Russland überquert. Die Hälfte der Gesamtzahl der Flüchtlinge sind Bürger der Volksrepubliken Donezk und Lugansk."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f0c73ab480cc486470355a.jpg
Flüchtlinge aus Isjum in Belgorod

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 8. August 2022**
Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.
In Mariupol wurden Arbeiten zu Montage von Ausrüstung an Kommunikationsobjekten ausgeführt. In Wolnowacha wurde ein Kommunikationsobjekt mit einem Generator versehen.
In Mariupol geht der Bau von Wohnkomplexen weiter:
- im Oktjbarskij-Bezirk an der Kreuzung Uliza Lenina und Uliza Kuprina – 10 neunstöckige Häuser und 12 fünfstöckige Häuser;
- im Primorskij-Bezirk an der Kreuzug Uliza Irtyschskaja und Uliza Jaltinskaja – 9 neunstöckige Häuser.
Zivilschutzkräfte haben mehr als 15 Hektar Territorium und 3000 Quadratmeter Gebäude untersucht und 592 explosive Objekte entschärft.
Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.
So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk, Luganskoje, Makejewka, Pantelejmonowka und Jassinowataja abgeworfen.** Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.
Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.
Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.
Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:11 de.rt.com: **Ukrainisches nationalistisches Bataillon "Kraken" durch Russland gefechtsunfähig gemacht**
Das ukrainische nationalistische Bataillon "Kraken" ist durch russische Raketenschläge, die schwere Personalverluste und zahlreiche Desertionen verursachten, gefechtsunfähig geworden. Dies teilte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, während seines täglichen Pressebrichts mit:
"Am Charkower Frontabschnitt verlor der nationalistische Verband 'Kraken' als Ergebnis von Präzisionsschlägen der russischen Luft- und Raketenstreitkräfte auf die Stellungen der

ukrainischen Nationalisten durch Massenverluste und Desertion von Söldnern die Kampffähigkeit."
Konaschenkow fügte hinzu, dass die Nationalisten versucht haben, ihre Verluste durch Zwangsrekrutierungen von Einheimischen auszugleichen, allerdings seien diese Versuche erfolglos geblieben.

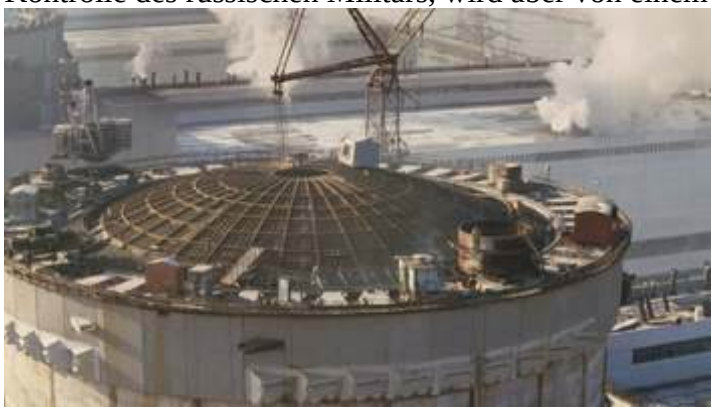
17:39 de.rt.com: **US-HIMARS-Raketenwerfer bei Kramatorsk zerstört**
Wie der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, mitgeteilt hat, wurden in der Nähe von Kramatorsk Kampffahrzeuge mit US-Mehrfachraketenwerfern vom Typ HIMARS zerstört. Darüber berichtet Interfax:
"Eine Batterie von ukrainischen 'Uragan'-Mehrfachraketenwerfern in der Nähe von Otscheretino und eine Batterie von selbstfahrenden Artillerieeinheiten 'Akazija' in der Nähe von Krasnoje wurden während des Gefechts mit Gegenbatterien getroffen, ebenso wie die amerikanischen Raketenwerfer HIMARS in der Gegend von Kramatorsk",
sagte Konaschenkow.
Er berichtete des Weiteren, dass drei Züge von "Grad"-Raketenwerfern in der Nähe der Siedlungen Kodema, Majaki und Adamowka sowie vier Artilleriezüge von "Msta-B"-Geschützen der ukrainischen Truppen vernichtet worden sind.
Ferner wurden zwei Züge von mit "Giazint-B"-Kanonen bestückten Feuerstellungen in der Nähe der Siedlungen Soledar, Artjomowsk, Wessjoloje, Dserschinsk, Maximilianowka und Antonowka (Donezker Volksrepublik) zerstört, so Konaschenkow.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f11df248fbef29e12577df.jpg
US-Soldaten bei einem Manöver in Wyoming/USA während einer Übung mit HIMARS-Systemen. HIMARS-Raketenwerfer dienen zum Angriff auf Artillerie, Luftabwehreinheiten, Lastwagen und leicht gepanzerte Mannschaftswagen, 14. Juni 2021

abends:

18:08 de.rt.com: **Stromausfall im Atomkraftwerk Saporoschje aufgrund des Beschusses durch ukrainisches Militär**
Eine Hochspannungsleitung des Atomkraftwerks Saporoschje wurde infolge des erneuten Beschusses durch ukrainische Truppen beschädigt. Es kam zu einem Stromausfall, so der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow, wie RIA Nowosti berichtete.
"Im Kernkraftwerk Saporoschje kam es zu einem Stromstoß, der Rauch an den offenen Schaltanlagen des Kraftwerks verursachte. Außerdem wurde ein Schutzsystem ausgelöst, das die Stromzufuhr unterbrochen hat. Die Feuerwehr ist eingetroffen und hat es geschafft, die Rauchentwicklung zu beseitigen",

so Konaschenkow.
Ihm zufolge hat das technische Personal die Leistung des fünften und sechsten Kraftwerksblocks auf 500 Megawatt reduziert, um eine Störung des Kraftwerks zu verhindern.
Zuvor hatte der Leiter der Regionalverwaltung von Saporoschje, Jewgeni Balizki, am Montag erklärt, dass zwei Kraftwerke in Saporoschje nach dem Angriff der ukrainischen Streitkräfte nicht mehr mit voller Leistung arbeiten. Er forderte Delegationen der IAEO (Internationale Atomenergie-Organisation) und der UNO auf, die Anlage zu besichtigen und die Fakten und die Richtung des Beschusses zu dokumentieren.
Am 5. August griff das ukrainische Militär mit Artillerie das Gebiet des Kernkraftwerks Saporoschje an und feuerte 20 Granaten des Kalibers 152 mm ab. Infolgedessen geriet eine Wasserstoffleitung in Brand, der von den Einsatzkräften schnell gelöscht werden konnte. Ein Teil der Ausrüstung des Kraftwerksblocks 3 wurde stromlos geschaltet, und die Leistung des Kraftwerksblocks 4 wurde reduziert.
Darüber hinaus griff die ukrainische Armee in der Nacht zum 7. August die Anlage erneut mit "Uragan"-Mehrfachraketenwerfern an. Nach Angaben der Energodar-Behörden fielen Granatsplitter und ein Raketentriebwerk etwa 400 Meter von dem in Betrieb befindlichen Kraftwerksblock entfernt herunter. Das Atomkraftwerk Saporoschje steht seit März unter Kontrolle des russischen Militärs, wird aber von einem ukrainischen Unternehmen betrieben.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f12b17b480cc224b79fa1f.jpg
Montage des Reaktordaches, Atomkraftwerk Saporoschje/Energodar

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 08.08.22**
Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 300 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „HIMARS“, „Uragan“ (geladen mit Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“) und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.
Die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss **starben 4 Zivilisten, 7 wurden verletzt**. 16 Wohnhäuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.
Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.
Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **2 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 9 verletzt** wurden.
Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:31 de.rt.com: **Russlands Außenministerium: Ukrainische Angriffe auf AKW in Saporoschje nehmen ganz Europa in Geiselhaft**
Das russische Außenministerium hat erklärt, dass die Ukraine durch ihre Angriffe auf das Atomkraftwerk im Gebiet Saporoschje ganz Europa in Geiselhaft nehme. Die Nachrichtenagentur RIA Nowosti zitierte eine Erklärung des russischen Außenamtes wie folgt:
"Die russische Seite ruft schon lange über unterschiedliche Kanäle und auf unterschiedlichen Ebenen die internationale Gemeinschaft dazu auf, die ständigen Angriffe, die Kiews Regime gegen das Atomkraftwerk von Saporoschje unternimmt, entscheidend zu verurteilen. […] Kiew hat nicht nur die Völker Russlands und der Ukraine als Ziel gewählt. Faktisch nehmen sie ganz Europa in Geiselhaft und haben, wie es scheint, nichts dagegen, es zur Freude ihrer nazistischen Idole 'anzuzünden'."
Die Lage werde mit jedem Tag gefährlicher und dürfe nicht ignoriert werden, betonte das Ministerium. "Indem sie mit Artillerie laufende Reaktoren und das Spaltstofflager angreifen, greifen die Ukrainer sich selbst an", fügte die Behörde hinzu. Die Verwaltung der Stadt Energodar erklärte RIA Nowosti, dass im Falle einer technischen Katastrophe vorwiegend Gebiete westlich des Kraftwerks, insbesondere in der Westukraine, betroffen wären, da die Windrose in der Region eine Ausrichtung nach Westen hat.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f1308cb480cc63d93a8785.jpg
Spaltstofflager im Atomkraftwerk von Saporoschje in der Stadt Energodar

19:28 de.rt.com: **Selenskij-Berater Podoljak: "Natürlich wollen wir auch die Krim zurückerobern"**
Michailo Podoljak, engster Berater des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, hat dem Handelsblatt ein Interview in Kiew gegeben. Das Gespräch soll im Amtssitz von Selenskij stattgefunden haben.
Podoljak, der sich im Präsidentenpalast häuslich eingerichtet zu haben scheint (der Reporter erwähnt neben dem Schreibtisch befindliche sieben Paar Schuhe, einschließlich Pantoffeln, auf dem Schreibtisch eine Pistole, weiter hinten Helme und schusssichere Westen), erklärte, er werde "so lange bleiben, wie es nötig ist".
Es gäbe "keine Demoralisierung der Bevölkerung", dafür aber "eine große Übereinkunft, dass dieser Krieg nicht zu den Bedingungen Russlands, nicht zu Bedingungen, die die Bevölkerung nicht akzeptiert, beendet werden" dürfe.

"Der Krieg kann nur durch einen Sieg der Ukraine beendet werden."
Auf die Frage, was denn ein Sieg der Ukraine sei, geht Podoljak nicht sofort und direkt ein. Man sei in Kiew auf einen langen Krieg vorbereitet, die Ökonomie auf "eine Art Kriegswirtschaft umgestellt" worden. Man habe sich auf eine unbestimmt lange Zeit eingestellt, "bis wir gewonnen haben".
Nach einigen Abschweifungen Podoljaks über das Wesen, die Politik und die Kriegsführung des russischen Staates fragte der Reporter noch einmal nach dem ukrainischen Sieg. Darauf Podoljak:
"Wir wollen die Ukraine in den Grenzen von 1991 zurückbekommen, als die Ukraine unabhängig von der Sowjetunion geworden ist."
Und ergänzte auf Nachfrage, ob es nicht nur um die Rückeroberung des Donbass, sondern auch der Krim ginge:
"Ja, natürlich einschließlich der Krim. Nur die vollständige Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine wird ein wirkliches Ende des Krieges ermöglichen."
Podoljak, der im März 2022 zur ukrainischen Delegation gehörte, die Gespräche mit der russischen Seite in Istanbul geführt hat, meinte zu den Sondierungsbemühungen von Altkanzler Gerhard Schröder (SPD):
"Herr Schröder versteht in keiner Weise, was Russland wirklich tut, wie es agiert. Russland will keine Verhandlungen, Russland will eine Eroberung von Gebieten, die sie mit ihrem großen militärischen Apparat dann besetzen."
Russland wolle gegenwärtig Zeit gewinnen, sich neu organisieren, um den "Druck auf die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten zu erhöhen, um ihre Moral zu brechen".

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f13b1248fbef2779539cd7.jpg
Michailo Podoljak (l.), Berater des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, während der russisch-ukrainischen Verhandlungen in Istanbul, 29. März 2022

20:06 de.rt.com: **Erstes Tribunal gegen Asow-Kämpfer soll in Mariupol stattfinden**
Die erste Sitzung des Tribunals gegen Angehörige des neonazistischen Asow-Regiments soll in Mariupol stattfinden. Dies bestätigte das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin. In einer Sendung des Fernsehkanals Rossija-1 sagte er:
"Das Tribunal ist unausweichlich – und ja, eines der ersten Tribunale wird in Mariupol stattfinden. Wir bereiten uns in jeder Hinsicht vor. Man bereitet einen Raum und auch alle Beweise vor."
Über 2.000 Angehörige des im Jahr 2014 gegründeten Asow-Bataillons sind im Mai bei der Kapitulation der ukrainischen Garnison des Asow-Stahlwerks in Mariupol gefangen genommen worden. Am 2. August stufte Russlands oberstes Gericht "Asow" als eine terroristische Organisation ein. Den Angehörigen der Einheit werden neben der Verwendung neonazistischer Symbole und Ideologie auch Kriegsverbrechen gegen Zivilisten, darunter in Mariupol selbst, angelastet.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f146b348fbef24c14123ed.jpg

20:22 de.rt.com: **Bundeswehr stellt "Heimatschutzregimenter" für den Inlandseinsatz auf**

Angesichts der vielen geopolitischen Krisen baut die Bundesregierung das Inlandskommando der Bundeswehr weiter aus. Es entstehen fünf Heimatschutzkompanien. Die Reservisten sollen die Soldaten künftig nicht nur bei Naturkatastrophen, sondern auch bei Aufständen unterstützen – und zwar schwer bewaffnet.

Als Konsequenz aus der Jahrhundertflut im Ahrtal, der Corona-Krise und dem eskalierten Krieg in der Ukraine sollen die bisherigen 16 Reservistenverbände in Deutschland bis zum Jahr 2025 zu insgesamt fünf Heimatschutzkompanien unter der Führung des für Inlandseinsätze zuständigen territorialen Führungskommandos der Bundeswehr zusammengelegt werden. Durch die neue Regimentsstruktur erhofft sich das Bundesverteidigungsministerium, Heimatschutzkräfte im Ernstfall schneller mobilisieren zu können.

"Mit der Regimentsstruktur sind die Heimatschutzkräfte unter einheitlicher Führung reaktionsschneller und können durch gemeinsame Ausbildungen und Übungen ihre Fähigkeiten verbessern", erklärte das Landeskommando Bayern der Bundeswehr dem Bayerischen Rundfunk. Aus der Fusion der Reservistenverbände aus Niederbayern, der Oberpfalz, Oberbayern sowie Schwaben und drei fränkischen Regierungsbezirken entstand dort als Pilotprojekt im April bereits das bundesweit erste Heimatschutzregiment. Dem "Heimatschutzregiment 1" – mit seinen derzeit rund 350 Reservisten – werden künftig etwa 450 Soldaten unterstehen.

Mit den Erfahrungen aus dem Pilotprojekt in Bayern sollen noch in diesem Jahr zwei weitere Regimenter in Mecklenburg-Vorpommern und noch ein weiteres in Nordrhein-Westfalen entstehen. "Im Spannungs- oder Verteidigungsfall ist das Heimatschutzregiment auch in der Lage, militärische Aufgaben im Land zu übernehmen", sagte dem WDR Oberst Thomas Roßbroich, der mit dem Aufbau vom sogenannten "Heimatschutzregiment 2" in Münster betraut ist. Diesem Regiment sollen demnach später insgesamt 700 Soldaten und Reservisten angehören.

Die Heimatschutzregimenter 3 und 4 werden nach Angaben des zuständigen Landeskommandos Mecklenburg-Vorpommern mit je 100 Dienstposten versehen, die bis zum Jahr 2025 zu rund 80 Prozent mit Reservisten besetzt werden sollen. Wo das "Heimatschutzregiment 5" entstehen soll, ist indes noch offen.

Wann werden Heimatschutzkräfte eingesetzt?

Die Reservesoldaten sollen in der Regel in erster Linie die "aktive Truppe" entlasten, etwa

indem sie zivile Organisationen bei der Katastrophenhilfe unterstützen oder in Notstandslagen auch mal Aufgaben zum Schutz bestimmter Einrichtungen sowie kritischer Infrastruktur wahrnehmen. Die dafür notwendigen Kenntnisse erlernen die Reservisten während einer siebenmonatigen Ausbildung, die laut Angaben des Bundesverteidigungsministeriums neben einer dreimonatigen Grundausbildung auch aus einer zweiteiligen Fachausbildung besteht. Auf der Website des Bundesverteidigungsministeriums heißt es hierzu:
"Ein Teil ist das Erlangen erweiterter Kenntnisse für den Einsatz im Rahmen allgemeiner Sicherungsaufgaben und Objektschutzaufgaben sowie Ausbildung und Einsatz mit den Handwaffen Pistole P8, Maschinengewehr MG 3, Panzerfaust sowie Erlernen von Verhaltensweisen gegenüber unkonventionellen Sprengfallen (C-IEDImprovised Explosive Device)."
Der Ausbildungsschwerpunkt des zweiten Teils liegt demnach auf der Vorbereitung der Soldaten auf "regionale Besonderheiten" im jeweiligen Bundesland, da die Reservisten nach erfolgreichem Abschluss nahe ihrer Heimatregion eingesetzt werden sollen. In Deutschland gibt es derzeit rund 15.000 Reservisten, die für sechs Jahre zur Verfügung stehen und an Übungen wie auch Einsätzen teilnehmen müssen.

Zuständig für die Regimenter wird das territoriale Führungskommando der Bundeswehr sein

Der Begriff "Heimatschutz" ist allerdings nicht ganz neu: In den Strukturen der Bundeswehr besteht er schon länger. Doch mit dem Ukraine-Krieg und befürchteten Volksaufständen infolge der Energiekrise in Deutschland lebt auch hierzulande die Diskussion um eine Stärkung dieses Bereichs wieder auf. So gründete das Bundesverteidigungsministerium vor diesem Hintergrund erst kürzlich ein territoriales Führungskommando, das für die neuen Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit zuständig sein soll.
"Der russische Einmarsch in der Ukraine hat die Notwendigkeit unterstrichen, die Führungsorganisation der Streitkräfte verstärkt auf die Anforderungen der Landes- und Bündnisverteidigung auszurichten", hieß es in einer Erklärung von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD). "Hierzu haben wir entschieden, zum 1. Oktober 2022 ein 'Territoriales Führungskommando der Bundeswehr (TerrFüKdoBw)' in Berlin aufzustellen."
Das neue Kommando soll demnach künftig unter anderem für die operative Führung nationaler Kräfte im Rahmen des "Heimatschutzes" zuständig sein. Neben der Amts- und Katastrophenhilfe beinhaltet dies dann eben auch die zivil-militärische Zusammenarbeit von Reservisten, Polizei und Bundeswehr bei der Einsatz gegen Bürgerproteste, die in Deutschland wegen der verfehlten Corona- sowie Energiepolitik erwartet werden.
Ahnt die Bundesregierung bereits, künftig mehr Kräfte als nur jene der Bundeswehr und Polizei zu benötigen und treibt angesichts dessen ihre Militärreformen im Bereich des Innern voran? Dass dies der Fall sein kann, zeigt eine Äußerung der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, die die Grünen-Politikerin gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) machte:
"Die Kanadier haben gesagt: 'Wir haben viele Fragen.' Da haben wir gesagt: Das können wir verstehen. Aber wenn wir die Gasturbine nicht bekommen, dann bekommen wir kein Gas mehr, und dann können wir überhaupt keine Unterstützung für die Ukraine mehr leisten, weil wir dann mit Volksaufständen beschäftigt sind."
Auf die Nachfrage, ob sie wirklich mit Volksaufständen rechne, erwiderte die Außenministerin zwar, das sei "vielleicht etwas überspitzt" ausgedrückt gewesen. Sie betonte aber auch, dass ein solches Szenario tatsächlich drohe, "wenn wir kein Gas mehr hätten". "Das ist ja genau mein Punkt, dass wir Gas aus Russland weiter brauchen."
Die hohen Gaspreise seien für viele Menschen in Deutschland eine große Belastung, so Baerbock weiter. Der Auftrag der Bundesregierung sei es deshalb, "die sozialen Kompetenzen abzufedern". Was die Bundesregierung darunter genau versteht, ließ die Außenministerin allerdings offen. Ähnliche Äußerungen tätigte in diesem Zusammenhang auch Deutschlands

ranghöchster Soldat, General Eberhard Zorn. "Ich kann Ihnen aktuell keine Beruhigung der Lage versprechen; eher im Gegenteil, alles nimmt zu, die Krisen werden mehr", mahnte Zorn am Donnerstag auf einer Veranstaltung des Verbandes der Reservisten im saarländischen Eppelborn:

"Es müssen viel mehr Truppenteile in der Lage sein, innerhalb kürzester Zeit mit Gerät und Personal präsent zu sein."

Da sei der Schwerpunkt zunächst in Europa, aber auch in der Welt, sagte der General. Deshalb wolle er das Sondervermögen der Bundeswehr unter anderem auch dafür nutzen, die einzelnen Landeskommandos der Reservisten zu stärken: "Ich will die Landeskommandos unverändert stärken und autark machen. Die Rolle der Reserve im Heimatschutz ist riesengroß und soll weiter gestärkt werden." Jeder Reservist solle somit wieder eine komplette persönliche Ausrüstung erhalten. Auf die genaue Art der Ausrüstung ging der Generalinspekteur der Bundeswehr allerdings nicht näher ein.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f0c95648fbef2dac0f421b.jpg

Rekrutin während der Grundausbildung für das Pilotprojekt Freiwilliger Wehrdienst im Heimatschutz